



## Flüchtlingspolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

Anlässlich der anstehenden Kommunalwahlen am 13. September haben wir alle Parteien, die derzeit mit Fraktionen im Essener Stadtrat vertreten sind, gebeten zu insgesamt vier Wahlprüfsteinen Stellung zu flüchtlingspolitischen Themen zu beziehen. In dieser PDF haben wir alle eingegangenen Antworten zu Wahlprüfstein zwei aufgelistet. Von FPD, EBB und SLB haben wir leider keine Antwort erhalten.

### 2. Anhaltende Missstände bei der Ausländerbehörde

Seit Jahren herrschen bei der Essener Ausländerbehörde unhaltbare Zustände. Die Behörde ist für Geflüchtete und Migrant\*innen nicht zugänglich. Termine sind, nicht erst seit der Corona-Pandemie, mit immensen Wartezeiten verbunden. Für Beratungsstellen ist die Ausländerbehörde kaum zu erreichen.

- a) Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um die Missstände zu überwinden?
- b) Wie kann die Ausländerbehörde kurz- und mittelfristig umstrukturiert werden, um sie wieder arbeitsfähig für die Anliegen der Geflüchteten und Migrant\*innen zu machen?

 	<p><b>2. Anhaltende Misstände bei der Ausländerbehörde</b></p> <p>Die Misstände werden uns in Gesprächen mit Migrantinnen und Migranten immer wieder genannt: ewige Warteschleifen am Telefon, lange Wartezeiten auf Termine. Für Menschen mit einem ungesicherten Aufenthalt führt das zu Ängsten und Sorgen und hilft nicht bei der Integration. Wir fordern daher zusätzliches Personal für die Ausländerbehörde. Daneben ist eine neue Organisationsstruktur dringend nötig: das Welcome-Center muss in seinen Zuständigkeiten ausgeweitet werden, die Anliegen der Migrant*innen müssen kundenfreundlich und zügig bearbeitet werden.</p> <p>Die Ausländerbehörde muss zurück in die Innenstadt. Wir wollen eine Ausländerbehörde schaffen, die von einer Willkommenskultur geprägt ist. Dazu gehören, neben der baulichen Gestaltung innen wie außen, Fortbildungen für Mitarbeiter*innen, damit der Kulturwandel zur Servicestelle gelingt. Bündnisse zur Integrationshilfe wollen wir durch eine Neugestaltung der Fördertöpfe besser unterstützen. Migrant*innen-Organisationen und etablierte Initiativen können voneinander lernen, ihre Kooperation wollen wir daher stärken. Die aktive Einbindung von Akteuren, Stadtteilmanagern und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist notwendig und zielführend. Bürgerprojekte unterstützen aktiv die Einbindung und schaffen in unseren Stadtteilen ein Wir-Gefühl.</p>
 	<p>a) Die CDU Essen ist der Ansicht, dass es das Ziel sein muss, im Interesse aller Beteiligten eine dauerhafte und nachhaltige Lösung zu finden. Hierzu wurden bereits in 2018 die Weichen gestellt, indem der Aufbau und der Betrieb einer Zentralen Ausländerbehörde in Essen forciert wurde und diese Behörde seither als „Anker“ für den neu eingerichteten Fachbereich „Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten“ dient. Dieser Fachbereich wurde zum 01. September 2018 eingerichtet und wird seither im Interesse aller Beteiligten stetig ausgebaut. Eine intensive organisatorische Überprüfung der Arbeitsabläufe und der Belastungssituationen in der Kommunalen Ausländerbehörde führte u.a. zur Einrichtung von 29 weiteren Stellen. Mit der Anbindung der Kommunalen Ausländerbehörde sowie des Welcome- und ServiceCenter Essen wurde der Fachbereich „Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten“ weiter ausgebaut, um alle fachlichen Kompetenzen zu bündeln. Neben diesen Anpassungen haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 1,32 Millionen Euro zur Digitalisierung des gesamten Aktenbestandes bereit gestellt, und damit den Weg für eine zeitnahe Einführung der elektronischen Akte und der elektronischen Post geebnet. Den eingeschlagenen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen.</p> <p>b) Der zuvor (kurz) beschriebene Prozess darf nicht isoliert betrachtet werden. Die CDU Essen ist der Meinung, dass konkrete Maßnahmen ausgearbeitet und umgesetzt werden müssen, um die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Wir setzen uns für eine schnellstmögliche räumliche und inhaltliche Entzerrung der Kommunalen Ausländerbehörde ein. Hier ist beispielsweise eine Ausweitung der Kommunalen Ausländerbehörde um bis zu zwei Nebenstellen denkbar. Das Welcome- und ServiceCenter sollte um Aufgaben aller Hochqualifizierten, Erwerbstätigen, Studierenden aber auch aller melderechtlichen Angelegenheiten erweitert</p>

	<p>werden. Diese Veränderungen kommen auch der „Kern-Ausländerbehörde“ zu Gute, sodass hier räumlichen und personellen Anpassungen vorgenommen werden können. Darüber hinaus begrüßen wir die Fortführung und die weitere Intensivierung der Gespräche zwischen den Interessensvereinigungen und der Kommunalen Ausländerbehörde, ohne dabei deren rechtliche Stellung und Entscheidungshoheit als Ordnungsbehörde zu vernachlässigen. Auch hier gibt es Planungen, eine mobile und verbindliche Sprechstunde vor Ort zu etablieren. Damit soll in diesen gerade (terminlich) schwierigen Zeiten den Menschen ein flexibles Angebot unterbreitet werden. Aber auch die räumliche Entzerrung der „Kern-Ausländerbehörde“ bietet sowohl der Migrationsberatung als auch der mobilen Integrations- und Rückkehrberatung Chancen für eine engere Zusammenarbeit vor Ort.</p>
<p><b>DIE LINKE.</b></p> 	<p>a) Das Ausländeramt braucht dringend mehr Personal, um die Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeitenden zu reduzieren und um sowohl für Geflüchtete und Migrant:innen, als auch für Beratungsstellen mehr Zeit zu haben. Außerdem sollen Abschiebungen ausgesetzt werden. Das System der Kettenduldungen spielt auch hier wieder in die Arbeitslast der Behörde. Hier könnte wie von uns auch schon gefordert der Spielraum großzügiger ausgenutzt werden und so die Duldungsdauer von 3 Monaten auf ,zum Beispiel, 1 Jahr verlängert werden. Dieses Vorgehen würde die Arbeitslast für die Mitarbeiter:innen aber auch die Betroffenen erheblich senken. Die Mitarbeiter:innen sollten auch in Richtung einer größeren Willkommenskultur geschult werden und auch ihnen klar gemacht werden, dass Spielräume ausgereizt werden können, sodass wir dort eventuell die starke Fluktuation beim Personal überwinden können.</p> <p>b) Es gab bereits Umstrukturierungen, die wir jedoch für gescheitert halten. Für uns gilt es Geflüchtete und Migrant:innen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Ausländerbehörde soll für die Anliegen der Migrant:innen und Geflüchteten da sein und sie sollen in den Mittelpunkt gestellt werden. Visumsverlängerungen müssen schneller und unbürokratischer geschehen. Es kann nicht sein, dass Menschen kein Visum mehr haben, weil die Ausländerbehörde Monate für die Bearbeitung braucht. Das bisherige Essener Modell muss auch hier ausgeweitet werden um Bürokratie abzubauen und mehr Raum für die Anliegen der Migrant:innen zu schaffen. Abschlüsse und Qualifikationen müssen einfacher anerkannt werden und Kinder von Geflüchteten endlich ohne Probleme registriert werden. Wir wollen außerdem prüfen, ob Aufgaben des Ausländeramts an das Bürgeramt delegiert werden können.</p>
	<p>Antwort zu a) und b): Die angespannte Personalsituation im Fachbereich „Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten“ begleitet uns leider schon seit Jahren. Wir haben diese mangelhafte Ausstattung mehrfach in den zuständigen Fachausschüssen und in Ortsterminen mit der Fachbereichsleitung erörtert. Dabei ist deutlich geworden, dass es leider keine schnelle Lösung geben wird. Vielmehr wird es darum gehen, mit einem Personalentwicklungskonzept mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zu ergreifen, um Mitarbeiter*innen zu gewinnen, zu halten und zu qualifizieren. Bei dieser Konzeption muss auch zwingend die Perspektive von Geflüchteten und Migrant*innen berücksichtigt werden, etwa durch</p>



Beteiligungsmöglichkeiten. Ein solcher Prozess des gegenseitigen Austausches würde auch eine höhere Transparenz und damit auch Akzeptanz schaffen. Unser Ziel ist es, dieses Verfahren zu initiieren und mit hoher Priorität durchzuführen. Als kurzfristige Maßnahme haben wir der Verwaltung vorgeschlagen, dass Welcome Center Essen für weitere Zielgruppen zu öffnen, um so die KAB Essen zu entlasten. Das gilt insbesondere für den Bereich der Studierenden, der EU-Ausländer und für diejenigen die bereits mit gültigen Arbeitsverträgen zu uns kommen, jedoch unter der bisherigen Einkommensgrenze liegen.



a) Eine massive (!) personelle Aufstockung begleitet von verstärkten regelmäßigen und obligatorischen Schulungen der MitarbeiterInnen. Wie oben geschrieben: Art. 16a GG regelt keinen Gnadenakt, sondern einen Rechtsanspruch. Die Ausländerbehörde sieht sich aktuell eher als Sanktionsbetrieb denn als Dienstleistungsstelle - dies gilt es zu ändern.



b) Wir plädieren für eine Neustrukturierung durch Einsetzung eines leitenden Verwaltungsrates, der unmittelbar unterhalb der/des Behördenleiter/in/s agiert. Diesem Verwaltungsrat sollten VertreterInnen der verschiedenen Dienststellen ebenso angehören wie MigrantInnenvertreter und Vertreter maßgeblicher Verbände - so werden aktuelle Probleme und Defizite der Behörde als Dienstleiterin sogleich erkannt, erfasst und können unmittelbar angegangen werden.